

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8021 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Gesundheit
Abteilung Multisektorale Projekte
3003 Bern

30. Oktober 2008

**Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (Präventionsgesetz) sowie
Bundesgesetz über das Schweizerische Institut für Prävention und Gesundheitsförderung**

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den beiden obigen
Gesetzesvorlagen und macht davon gerne wie folgt Gebrauch.

Grundsätzliche Beurteilung

Die EVP begrüsst die beiden Vorlagen und erachtet es als notwendig, Prävention und
Gesundheitsförderung zu stärken und auf nationaler Ebene zu koordinieren. Die EVP
unterstützt ein Präventionsgesetz und eine nationale Präventionsstrategie. Eine gut organisierte
Prävention bedeutet zunächst zwar Mehrkosten, führt aber langfristig zu einem
volkswirtschaftlichen Nutzen, indem die Gesundheitskosten gesenkt und die Arbeitskraft und
-produktivität der Bevölkerung gesteigert wird.

Positiv vermerkt die EVP insbesondere:

- Die Festlegung von nationalen Zielen (Art. 4), einer bundesrätlichen Strategie (Art. 5) sowie
die Einführung einer Gesundheitsberichterstattung (Art. 22): so können die
Präventionsanstrengungen besser auf die brennenden gesellschaftlichen Probleme
ausgerichtet werden und eine Neugewichtung und Neuverteilung der Mittel (beispielsweise
zugunsten der Suizidprävention) kann vorgenommen werden.
- Den Einbezug privater Organisationen (Art. 4, 17-19, 26).

Negativ vermerkt die EVP:

- Die Gesetzesvorlage ist insgesamt zu „krankenlastig“. Prävention muss vom gesunden
Menschen ausgehen und das Gesetz muss hierzu eine klare Vision beschreiben.

- Es sind alle bestehenden Präventionsanstrengungen, auch jene im Suchtbereich (z.B. Alkoholprävention), unter dem Dach dieses Präventionsgesetzes zu vereinen.
- Die Koordination und Bündelung der Ressourcen auf nationaler Ebene ist notwendig, der aktuelle Entwurf geht diesbezüglich zu wenig weit: die unterschiedlichen Präventionsabgaben und Finanzhilfen (KVG-Prämienzuschlag, Tabakpräventionsabgabe, Alkoholzehntel, Alkoholsteuer, Unfallverhütung, Kredite des Bundes) müssen national zusammengefasst – und vom Bund gesteuert – an die einzelnen Präventionsakteure und -institute zweckgebunden weitergegeben werden. Nur wenn diese Finanzströme gebündelt werden, kann das Ziel einer nationalen Steuerung und effizienteren Mittelverwendung erreicht werden. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass die Kantone nur noch „Befehlsempfänger“ sind und finanziell schlechter gestellt werden.
- Um die Nachhaltigkeit der Prävention zu sichern sind zusätzliche Mittel unerlässlich.

Zur Frage eines Präventionsinstituts

Kritisch steht die EVP der Idee eines nationalen Präventionsinstituts gegenüber. **Es stellt sich die Grundsatzfrage, ob die Gründung eines neuen Institutes tatsächlich notwendig ist und ob nicht bestehende Strukturen ergänzt oder erweitert werden könnten.** Bereits heute arbeiten die verschiedenen Präventionsinstitutionen zusammen.

Ein nationales Präventionsinstitut müsste nach Ansicht der EVP schlank gehalten werden und sich im wesentlichen auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Gelder beschränken. Es soll nicht selber operativ tätig werden, sondern die bestehenden Akteure in der Prävention unterstützen. Hierzu ist der Anteil der Finanzen, welcher für die Führung und Administration des Instituts aufgewendet werden darf, auf eine tiefe einstellige Prozentzahl zu beschränken. Es stellt sich die Frage, ob es für diese Aufgaben ein Institut braucht und ob es nicht einfacher und zweckdienlicher wäre, wenn diese Aufgaben von einer Verwaltungseinheit des Bundes wahrgenommen würden.

Wird ein Präventionsinstitut geschaffen, sind die folgenden Punkte zu beachten:

- Es müssen zwingend alle Organisationen, die im Bereich der Gesundheitsförderung beziehungsweise Prävention tätig sind, am Institut beteiligt sein.
- Hierzu darf insbesondere die Anzahl Mitglieder im Institutsrates keinesfalls auf neun beschränkt werden, sondern muss flexibel gehandhabt werden. Alle relevanten Organisationen sowie Akteure aus der Praxis müssen im Institutsrat vertreten sein.
- Das Institut darf nur einen finanziellen Anteil im tiefen einstelligen Prozentbereich (der zu definieren ist) für die Verwaltung aufwenden.
- Die Aufgaben des Instituts sollen sich auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Präventionsgelder beschränken. Diese Beträge sind tendenziell zu erhöhen.

Detailkritik zum Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung PräVG (Vorlage 1)

Art. 1

Abs. 1: Der Zusatz „die übertragbar, stark verbreitet oder bösartig ist“ ist zu streichen (es sind keine Krankheiten einzuschränken, sinngemäss in Art. 2 und 3). Dafür gehören Themen wie

Empowerment und Autonomie als starke Faktoren der Gesundheitsförderung in den Grundsatzartikel.

Art. 2

Der Begriff „bösartig“ ist zu streichen.

*Ergänzung im Abs. 1: „...dessen Gesundheit **zu fördern** und zu erhalten“.*

*Ergänzung im Abs. 2a: „Gesundheitskompetenz des Einzelnen **gemäss persönlichen Möglichkeiten (Alter, persönliche Kompetenz, Ausgangslage, Rahmenbedingungen)** fördern“. Entsprechend sind Hilfestellungen und Hinweise für nichtautonome Menschen (Kinder, psych. beeinträchtigte Menschen) zu erwähnen.*

*Ergänzung Abs. 2d: nicht nur fördern, sondern auch **gewährleisten** dass alle relevanten Gruppierungen beteiligt sind.*

Art. 3

Eine Definition des Begriffs „Gesundheit“ fehlt: damit fehlt eine positive Zielformulierung und die Vorlage wird sehr „krankheitslastig.“ Buchstaben d-f können gestrichen werden (siehe Einwände weiter oben).

Art. 4

Begriffsfehler in Abs. 3b: Satzteil „für die Verhütung von Krankheiten“ streichen.

Abs. 4: Wie verbindlich ist das? Konsequenzen? Was sind entsprechende Massnahmen und wer führt diese durch?

Art. 5

In Abs. 1 fehlen Gesundheitsförderung und Prävention.

Art. 10

*Abs. 1: „Der Bund **sorgt in Zusammenarbeit mit** Kantonen und Dritten...“*

*Abs. 2a: „Er führt ein **Institut**, das Informationen über neue nationale und internationale wissenschaftliche Erkenntnisse sowie anerkannte Interventionsmodelle sammelt, **analysiert und für die interessierten Kreise in geeigneter Form aufarbeitet.**“*

*Abs. 2d: „Er **koordiniert** die Aktivitäten der Kantone und Dritter...“.*

Abs. 2b – e: Falls der Bundesrat dieses Institut einsetzt, dann wären dies doch eher Aufgaben für das Institut und es müsste heissen: „Dieses Institut stellt...“ bzw. „Es“ statt „Er“.

Art. 13 bis Art. 19

Diese Artikel sind so umzuformulieren, dass alle bestehenden Präventionsabgaben und Finanzhilfen (KVG-Prämienzuschlag, Tabakpräventionsabgabe, Alkoholzehntel, Alkoholsteuer, Unfallverhütung, Kredite, weitere) national zusammengefasst, einheitlich behandelt und vom Bund zweckgebunden an die einzelnen Präventionsakteure und -institute weitergegeben werden. Nur so kann eine nationale Steuerung und ein effizienterer Mitteleinsatz erreicht werden.

Art. 15

Abs. c: streichen, nicht messbar, wer bestimmt das?

Art. 19

Ändern: „Der Bund **unterstützt** die Aus- und Weiterbildung...“

Art. 20, 21, 22 und 23

Der Zusatz „statistisch“ ist jeweils zu streichen.

Art. 20

In Buchstabe b ist „ausgewählte“ zu streichen. Zu Ergänzen: „...über die Entstehung... von physischen und psychischen Krankheiten....“

Art. 21

Abs. 2: In den Buchstabe a und b ist „ausgewählte“ jeweils zu streichen.

Art. 23

Ergänzung in Abs. 3, Buchstabe a: „...Früherkennung **sowie zur Gesundheitsförderung**.“

Detailkritik zum Bundesgesetz über das Schweizerische Institut für Prävention und Gesundheitsförderung (Vorlage 2)

Art. 6

Änderung in Abs. 1: „Im Institutsrat sind alle relevanten Organisationen sowie Akteure aus der Praxis vertreten.“

Art. 7

Diese Bestimmungen sind nicht im Gesetz zu erwähnen, sondern gehören auf die Verordnungsebene.

Abschliessend hält die EVP Schweiz zu beiden Vorlagen fest: die Koordination der Präventionsanstrengungen und die Bündelung der personellen und finanziellen Ressourcen auf nationaler Ebene sind wichtig, müssen aber umsetzbar sein. Dazu bedürfen die beiden Vorlagen einiger Konkretisierungen und Anpassungen im oben erwähnten Sinne.

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit!

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident

Heiner Studer



Generalsekretär

Joel Blunier